Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatlich 4.50 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Martin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 40. Fernsprecher Nr. 88 u. 50. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto: Nr. 69. Postscheckkonto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (45 mm breit) 1 Mk. im Reklameteil (75 mm breit) 3 Mk. Bei einheitlichen Anstandsteuer. Teilangebote. Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Wegfall. Hefte und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr 50 — Dienstag den 1 März 1921. — 44. Jahrgang

Ein schwerer Gang.

In dem Augenblick, da diese Zeilen vor die Augen unserer Leser kommen, trägt ein englisches Schiff den deutschen Außenminister nach dem Zentrum des englischen Weltreiches, nach der Hochburg des Weltimperialismus, nach der technischen und materiellen Zentrale der Weltpolitik im Weltkriege und der Gegenwart, nach London! Unsere heißesten Wünsche zuvor den Männern, welche die furchtbare Last auf sich genommen haben, für Deutschlands Zukunft vor einem Areopag von Vertretern aller alten Völker der Erde zu sechten! Mögen sie wissen, daß das uneingeschränkte Vertrauen des deutschen Volkes ihnen zur Seite steht!

Es ist ein Gang, von dessen Schwere man sich kaum die richtige Vorstellung machen kann. Wer wissen im Herzen der deutschen Politik, hier im politischen und parlamentarischen Zentrum des Deutschen Reiches, einen Blick werfen konnte in das komplizierte Getriebe der Vorbereitungen für London, wer sich einen Begriff zu verschaffen vermochte von der ungeheuerlichen und dabei mit einer übermächtigen Verantwortlichkeit belasteten Arbeit, wer weiß, wie in diesen hundertfachen Tag und Nacht dauernden Sitzungen die Lebensfragen der deutschen Nation und der deutschen Wirtschaft, von allen mit einem erschütternden Ernste besprochen worden, wer da sich bewußt werden konnte, wie eine furchtbare Entscheidung nicht allein über die Gegenwart sondern auch über die Zukunft des deutschen Volkes, über eine noch ungeborene Generation getroffen werden mußte, der kann wohl sagen, daß all das bisher Erlebte zu dem Ergreifendsten gehört, was in den letzten Jahren in der Bestimmung des Schicksals der Nation sich vollzog!

Der Reichsaußenminister hat in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat durchblicken lassen, daß eine Einigung über den Inhalt der Gegenvorschläge nicht zu erzielen wäre. Ueber die Grundlage dieser Vorschläge hat sich jedoch Einmütigkeit ergeben, sodaß die Vertreter der deutschen Reichsregierung in London eine völlig klare Marschrute vor sich sehen. Daß die Betrachtung der ungemein weitreichenden und heute noch gar nicht zu übersehenden Wirkungen irgend welcher Vorschläge naturgemäß die Entscheidung von Männern, die sich einer Verantwortlichkeit gegenüber ihrem Volke bewußt sind, beeinflußt hat, ist nur zu leicht verständlich. Zuletzt hat noch eine Sitzung der Sachverständigen stattgefunden, die vom Donnerstag abend bis in die frühen Morgenstunden des Freitag hineindauerte und in welcher die deutsche Denkschrift für London endgültig festgestellt wurde. Man hat dann noch in der Nacht die englische und französische Uebersetzung vorgenommen, und ist schon des Vormittags wieder zu weiteren Beratungen zusammengetreten. Der Reichsaußenminister hat Wert darauf gelegt, sofort die führenden Mitglieder des Reichswirtschaftsrates wie des Reichstages natürlich in voller Vertraulichkeit, über die allgemeinen Grundlinien der deutschen Gegenvorschläge zu unterrichten. Wenn man über den Inhalt dieser Vorschläge zur Stunde auch noch nichts sagen kann, so läßt sich doch über ihre allgemeine Tendenz folgendes sagen: Von deutscher Seite werden bei dem gegenwärtigen Stande der deutschen Wirtschaft mit ehrlichem Gewissen keine Vorschläge gemacht werden können, in welchem Versprechen enthalten wären, die wir nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse trotz Anspannung aller Kräfte doch nicht erfüllen könnten. Wir brauchen eine wirtschaftliche Schonzeit, oder, wie der Reichsaußenminister sich ausdrückte, eine „Zeit des Aufatmens für unsere Wirtschaft". Dieser Notwendigkeit widerspricht aber die Festsetzung einer Gesamtschuldsumme in diesem Augenblick. Andererseits erkennen wir durchaus die Notlage unseres Hauptgegners, Frankreichs an und wir sind durchaus bereit, nach unseren besten Kräften mit dazu beizutragen, diese Lage lindern zu helfen. Man kommt bei alle dem zurück auf das, was an dieser Stelle schon mehrfach ausgesprochen worden ist: Wir müssen in London eine Regelung finden, dahingehend, daß wir uns mit den Vertragsgegnern einmal praktisch darüber unterhalten, was in einem nächsten kurzen und daher einigermaßen zu übersehenden Zeitraum von Deutschland wirklich geleistet werden könnte! Und wir müssen zum zweiten durch Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Kräfte nicht nur im Rahmen der am Weltkrieg beteiligten Nationen, sondern weit darüber hinaus eine Basis zu finden suchen, die Deutschland einen Wiederaufbau seiner Wirtschaft gestattet, und ihm damit die Möglichkeit gibt, seine Verpflichtungen abzutragen und mit ihnen den von uns als berechtigt anerkannten Ansprüchen der Gegner zu genügen. Das aber ist wiederum nicht möglich ohne ein internationales Finanzabkommen. Sei es, daß wir durch Uebernahme der von der Entente in Amerika geschuldeten Summe unmittelbar in die Finanzaktion eintreten, sei es, daß wir eine große nach Milliarden zählende Markanleihe auf den ausländischen Geldmärkten machen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine derartige Linienführung gut gezeichnet, und daß diese Tatsache Zeugnis für das Vertrauen in unsere Wirtschaftskraft ablegen würde. Nach dieser Grundrichtung werden im allgemeinen unsere der Entente in diesem Augenblick zu überreichenden Vorschläge gehen müssen. Wir wissen sehr wohl und haben es reichlich erwogen, welche schweren Folgen ein Scheitern der Londoner Konferenz für uns haben wird. Die Rüstungen im Westen und vor allem die nunmehr bekannt gewordene Nachricht von einem bevorstehenden französisch-polnischen Bündnis zeigen uns den ganzen furchtbaren Ernst der Situation mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit an. Aber wir können uns auf eine innere Geschlossenheit berufen, von der wir nur wünschen möchten, daß sie über alle, vielleicht sehr ernste und schwere Prüfungen, die uns bevorstehen, erhalten bleibt. Gedenken kommt wieder aus den in erster Linie bedrohten rheinischen und westfälischen Gebieten eine Kundgebung, die geradezu herzerquickend wirken muß. Auf diese Gebiete würde sich der feindliche Stoß zuerst richten, aber: „Wir wollen lieber das Aergste dulden, als die wirtschaftliche Versklavung Deutschlands zuzulassen!" So lautet es in jener Kundgebung und das ist eine Versicherung von besonderem Gewicht. Noch einmal: Die heißesten Wünsche des deutschen Volkes und unser Gefühl und Empfinden gehört in diesen Tagen den Abgesandten Deutschlands in London! Was an uns liegt wird sicherlich nichts unterlassen, um den vaterländischen Notwendigkeiten der Stunde zu genügen. Die deutsche Reichsregierung kann sich auf uns verlassen, daß in dem schweren Kampf, den sie auszufechten hat, wir auf ihrer Seite stehen!

Aus dem Reiche.

Grundsätze des neuen Gesetzes über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues.

Zur Ausführung des Gesetzes über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues hat die Reichsregierung ausführliche Grundsätze aufgestellt, die wichtige und einschneidende Bestimmungen enthalten. Wohnungen dürfen nur gewährt werden, wenn die Wohnungen die notwendigen Anforderungen nicht überschreiten. Zu fördern ist die wirtschaftlichste Bauweise. In erster Linie sollen Flachbauten mit hinreichendem Gartenlande berücksichtigt werden, dreigeschossige Mehrfamilienhäuser nur innerhalb der Städte oder der Landgemeinden mit städtischer Entwicklung. Bauten mit mehr als drei Geschossen im allgemeinen nur, wenn sie zur Ausfüllung von Baulücken dienen. Beihilfen dürfen nicht gewährt werden für Behelfs- Not- und Werkwohnungen. Außer bei landwirtschaftlichen Werkwohnungen muß sich die Gemeinde beteiligen. Der Berechnung können Wohnflächen bis zu 70 Quadratmeter, ausnahmsweise bis 100 Quadratmeter zugrunde gelegt werden. Das Gemeindedarlehen muß mindestens ⅓ des Landesdarlehns betragen. Für Werkwohnungen kann eine Beihilfe vom Arbeitgeber verlangt werden. Die Mieten sind spätestens alle 5 Jahre neu festzusetzen. Nach 20 Jahren wird der Wert des Hauses endgültig festgesetzt.

Frankreich fürchtet die glaubhaften deutschen Beweise.

Paris, 28. Febr. Wie der Intransigeant aus London meldet, hat Loucheur in Begleitung des Finanzsachverständigen Avenol einige englische kapitalistische und Wirtschaftspolitiker aufgesucht, um mit ihnen über die Frage der deutschen Kriegsschulden sich auszusprechen. Die französischen Delegierten haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Engländer den gemeinsam ihre Interessen verteidigen und unterstützen werden. Briand hat den englischen Premierminister durch starke Argumente gewonnen; dennoch fürchtet man die Möglichkeit einer Ansichtenänderung, falls die Deutschen glaubhafte Beweise dafür vorbringen, daß sie die Zahlen des Pariser Abkommens nicht zu unterschreiben vermögen. Für die Franzosen bleibt die Losung bestehen „Auch nicht ein Komma an dem Abkommen von Paris ändern zu lassen, weder durch die Verbündeten noch durch Deutschland." Am 1. Mai 1921 werden entweder die Sanktionen in Kraft treten, oder die Deutschen werden bis dahin mit den Zahlungen beginnen oder wenigstens die Zusicherung geben, dies ohne jede weitere Aufschiebung zu tun.

Die Schicksalswoche.

Am Vortage der Londoner Konferenz.

Haag, 28. Febr. In Paris wie in London ist die bevorstehende Konferenz mit den Deutschen das Hauptthema der Presse. Londoner Blätter weisen darauf hin, daß mit dem heutigen Tage eine europäische Schicksalswoche beginne.

Wie jetzt verlautet, wird die Reparationsfrage zuerst zur Verhandlung kommen. Auf Lloyd Georges Anregung hin soll die Entwaffnungsfrage erst darauf erledigt werden. Bevor die erste Debatte mit den Deutschen stattfindet, wird wahrscheinlich in Downingstreet eine Beratung der Alliierten über die Wiedergutmachung stattfinden.

Eine Abänderung.

WTB. Paris, 28. Febr. Wie Pertinax im Echo de Paris berichtet, soll in den letzten Tagen eine Umgestaltung des Abkommens von Paris vorgeschlagen worden sein. Man wolle 42 Jahreszahlungen in 30 Jahreszahlungen umwandeln, allerdings ohne die Gesamtsumme abzuändern. Dadurch werde eine Erhöhung des Jahresbetrages um 1300 Millionen Goldmark eintreten.

(Wir werden weder 42 noch 30 Jahresraten zahlen! Die Schriftl.)

Englische Zeitungsstimmen.

London, 28. Febr. Der Evening Standard schreibt: Die nächste Woche verspricht eine Woche voll ernster Auseinandersetzungen zu werden, die die unmittelbare Zukunft Europas in seinem Lebensnerv berühren. Wenn Dr. Simons und Deutschland den Bluff bis zum bitteren Ende spielen und die geldlichen Forderungen der Alliierten ablehnen, was wird dann unser Kurs sein? Werden wir dann zu einem Einmarsch in deutsches Gebiet übergehen und zu anderen Maßnahmen, um unsere Forderungen zu erzwingen? Die Alliierten sollen, wie verlautet, eine gemeinsame Politik für diese Möglichkeit vorabredet haben. Briand hat eine Erklärung über militärische Schritte gegeben, die vielleicht unternommen werden, und es ist gemeldet worden, daß französische Truppen bereitstehen, um einzugreifen. Es würde töricht sein, zu denken, daß diese Maßnahmen dem britischen Publikum angenehm sein würden, wenn sie nicht durch und durch gerechtfertigt sind, und darin liegt die ernste Bedeutung der Zusammenkunft in der nächsten Woche für die Alliierten. Solange Frankreich und England zusammenhalten, ist der Ausblick gut. Er darf daher nicht eine englische und auch nicht eine französische Politik erzwungen werden, sondern eine alliierte Politik. Wenn England, das Frankreich die äußersten Beweise von Freundschaft gegeben hat, und das auch die besonderen Bedürfnisse Frankreichs anerkennt, Frankreich nicht einfach auffordert, den englischen Standpunkt anzunehmen, so müßte Frankreich anderseits eine gleiche Haltung an den Tag legen. Die Lösung der Frage ist schwierig. Wenn sie jedoch falsch gelöst wird, kann die geschaffene Lage sogar noch schlimmer werden.

Wie sich die Brüsseler „Sachverständigen" Deutschlands Zahlungskraft denken.

London, 28. Febr. Der Observer bringt einen Auszug aus einem zweiten Bericht der Brüsseler Sachverständigen vom 20. Februar über die Zahlungskraft Deutschlands. Es heißt darin: „1. Trotz der schlechten Staatsfinanzen, die im wesentlichen als die Folge der Unsicherheit über die Entschädigung erscheinen, ist die wirtschaftliche Lage in Deutschland heute besser als in allen anderen Ländern Europas. Deutschland wird weder durch Sachschäden noch durch eine große auswärtige Schuld belastet. 2. Der Markkurs verringert Deutschlands innere Schuld und begünstigt die Ausfuhr; da die deutsche auswärtige Schuld nur 40 Papiermark auf den Kopf der Bevölkerung, die französische aber 2856 Papierfranken ausmacht und Deutschland reicher an Bodenschätzen und Industriewerken als Frankreich ist, kann es eine viel größere äußere Schuld tragen. Jedoch müsse sowohl der deutsche Staatshaushalt wie die Handelsbilanz ins Gleichgewicht gebracht werden. 3. Deutschland spart künftig Ausgaben für Heer und Flotte. Das Aufhören der Dienstpflicht macht die Arbeitskraft frei für die Industrie. 4. Die deutsche Industrie hat sich besser erholt als die Industrie der anderen Länder. Sie hat Erfindungen gemacht und neue Anlagen gegründet. Selbst die Handelsflotte wird bald wieder auf der Höhe sein. 5. Da die Kaufkraft des Geldes sich wahrscheinlich dauernd vermindert, verringert sich die deutsche Schuldenlast dementsprechend." Der Bericht, den hauptsächlich Sir John Bradbury verfaßt hat, schließt: daß Deutschland somit die Pariser Beschlüsse erfüllen könne.

Die Abreise der deutschen Abordnung.

Berlin, 27. Febr. Die Abfahrt der deutschen Abordnung nach London erfolgte, wie angesagt, heute mittag 12 Uhr vom Potsdamer Bahnhof aus in einem Sonderzug, der nur in Braunschweig die Maschine wechselt und im übrigen die Reichen ohne Aufenthalt durchfährt, um von da nach Ostende geleitet zu werden. Der Zug bestand aus einem Salonwagen, einem Speisewagen und drei Schlafwagen. Den Salonwagen nimmt in seiner größten Hälfte ein Konferenzzimmer ein, in dem sich der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, die Staatssekretäre Schröder und Bergmann vom Reichsfinanzministerium, Exzellenz v. Lewald vom Ministerium des Innern, General v. Seeckt vom Reichswehrministerium, Ministerialdirektor Le Suire vom Reichswirtschaftsministerium, Geheimrat Stellinger vom preußischen Handelsministerium, der bayrische Staatsrat Exzellenz v. Meinel, der Oberregierungsrat Birner sowie zwei bayrische Sachverständige für die Einwohnerwehren befanden. Im Speisewagen saßen die übrigen Mitglieder der Abordnung, die 55 Köpfe zählt. Die Offiziere vom Reichswehrministerium und der Marine waren in Zivil erschienen. Da die Abfahrt nur wenig bekannt war, fand sich nur eine kleine Anzahl von Zuschauern ein, darunter zahlreiche Vertreter der englischen Presse. Kurz vor 11¾ Uhr erschien Reichsminister Dr. Simons mit seiner Gattin. Er wurde von mehreren Vertretern der Behörden begrüßt. Er mußte zunächst einen Sturm der Photographen aushalten. Kurz darauf kam Reichskanzler Fehrenbach und blieb mit Dr. Simons und Dr. Lewald bis zur Abfahrt des Zuges im Gespräch. Als der Zug sich in Bewegung setzte, brachte das Publikum dem Minister lebhafte Kundgebungen, und es erschollen die Rufe: Fest bleiben! Nicht nachgeben! Dr. Simons nickte sehr ernst und machte eine die Rufe berücksichtigende Handbewegung. Mit lauten Wünschen guten Gelingens der schweren Mission der deutschen Unterhändler erwiderten die Zurückbleibenden und winkten dem abrollenden Zug nach, am längsten der Reichskanzler, der verblieb, bis der letzte Wagen entschwunden war.

Zum Beginn der Londoner Konferenz.

Der Gang der Verhandlungen.

Ob die Beratungen in London am Dienstag abend oder Mittwoch morgen beginnen werden, ist noch unbekannt. Jedenfalls wird Dr. Simons sofort das Wort erteilt werden und Lloyd George wird nach der Sitzung eine Antwort erteilen. Sodann wird eine Kommission der verbündeten und deutschen Sachverständigen eingesetzt werden, die sofort die deutschen Gegenvorschläge studieren soll. Am Samstag wird die Vollsitzung der Verbündeten das endgültige Resultat dieser Beratungen kennen lernen, worauf dann die entsprechenden Schlüsse der Verbündeten gefaßt werden dürften.

Die Beratung der Sanktionen in London.

London, 1. März. Es scheint hinzuzukommen, daß die Pariser Sanktionen weitere Abmachungen unter den Alliierten voraussetzen, ehe sie praktisch anwendbar sind. Gestern wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen untersuchen soll, für den Fall, daß Deutschland seinen Reparationspflichten nicht nachkomme. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, daß die Reparationsfrage vor den militärischen Angelegenheiten auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen sei, und zwar auf französisches Verlangen.

Fochs Gutachten über die Einwohnerwehren.

London, 1. März. Daily Chronikel erfährt aus Kreisen der Londoner Konferenzteilnehmer, daß Lloyd George und Briand nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Marschalls Foch grundsätzlich beschlossen haben, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß als letzter Termin für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen der 1. April festgesetzt wird. Bis dahin wird die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt gefordert. Sollte

sich die bayrische Regierung weigern, die Auflösung der Selbstschutzorganisationen bis zu diesem Termin durchzuführen, so würde unaufschiebbar der Einmarsch alliierter Truppen in Bayern erfolgen.

Lockvögel.

Berlin, 1. März. Wie wir von bestinformierter Seite erfahren, wird von alliierter Seite nicht nur die Rückgabe deutscher Handelstonnage, die Verminderung der Besatzungskosten und die teilweise Freigabe deutschen Eigentums in den alliierten Ländern als Zugeständnis im Falle der Unterzeichnung des Entschädigungsabkommens in Aussicht genommen, sondern es wird auch beabsichtigt, Deutschlands Wünsche hinsichtlich der Neuregelung der Kohlenlieferung zu berücksichtigen, da Frankreich erklärt hat in der Erfüllung die er Forderung in der Entschädigungsfrage in die Lage versetzt zu sein, das Kohlenlieferungsabkommen zu ändern.

In London!

London, 28. Febr. Die deutsche Delegation war um 3 Uhr nachmittags in Dover eingetroffen, wo ein Vertreter der englischen Regierung sie begrüßte. Sie setzte ihre Fahrt alsdann im Schnellzug, in dem zwei Wagen für sie reserviert waren, nach London fort. Pünktlich um 5½ Uhr lief der Zug in der Victoriastation ein, wo der deutsche Botschafter Stahmer mit den Mitgliedern der Botschaft und einem Vertreter Lord Curzons zur Begrüßung anwesend waren. Vor dem Bahnhof hatten sich zahlreiche Neugierige angesammelt. Die Delegation begab sich in bereitstehenden Autos ins Savoy-Hotel. Die Abfahrt verlief ruhig und ohne Zwischenfall.

•

London, 28. Febr. Die erste Vollsitzung der Konferenz, in der die Reparationsfrage verhandelt werden soll, findet morgen vormittag um ½12 Uhr in Lancasterhouse statt. Die Alliierten werden am Nachmittag über die Erklärung Dr. Simons beraten. Lloyd George wird am Mittwoch in Anwesenheit Lord Curzons und Chamberlains seine Erklärung abgeben.

Deutscher Reichstag

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die

Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung hat die für ein waffenstolzes Volk so schwer erträgliche Aufgabe entsprechend den Weisungen des Friedensvertrages in die Hand genommen und in einem Umfang und mit einer Schnelligkeit durchgeführt, die bei Erlaß des Entwaffnungsgesetzes wohl niemand für möglich gehalten hat. Sie wird auch die restliche Durchführung des Gesetzes innerhalb der gestellten Frist zu bewerkstelligen wissen. Dieses gilt auch für Bayern. Die Reichsregierung hält sich unbekümmert um irgendwelche turbulente Aeußerungen an die Erklärung der bayerischen Regierung, nach der die letzte Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen der Reichsregierung überlassen wird.

Abg. **Vogel** (Soz.) polemisiert ebenfalls gegen das Verhalten der bayrischen Regierung. Mündliche Zusicherungen des Herrn von Kahr seien wertlos. Der Entwaffnungskommissar tut gut, sich solche Zusicherungen schriftlich geben zu lassen.

Abg. **von Gräfe** (Deutschn.): Wir bedauern, daß diese Debatte überhaupt nötig war, während unsere Delegierten sich auf der Reise nach London befinden. Die Tiraden der Unabhängigen werden auf das deutsche Volk keinen Eindruck mehr machen. Selbst die französischen Offiziere erklärten, sie müßten nur revidieren, weil es deutsche Schufte gibt, die immer wieder versteckte Waffen anzeigen.

Abg. **Dr. Levi** (Komm.): Die Art der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes ist ein Hohn auf die Versicherungen der Regierung, es würde gleichmäßig gegen rechts und links durchgeführt werden. Wir lehnen auch diese Vorlage ab.

Abg. **Brüninghaus** (D. V.) erklärt namens des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, daß sie im gegenwärtigen Augenblick die Einschleppung der Unabhängigen für eine Störung der Londoner Verhandlungen unserer Delegierten halten. Wir lehnen sie ab und stimmen der Vorlage zu.

Abg. **Dr. Helm** (Bayr. Volksp.): Es ist nicht wahr, daß die Noten der Regierung Kahr geheim gehalten worden sind aus irgendwelchen Rücksichten auf die Orgesch. Es ist nicht wahr, daß die bayrische Regierung ein Gefangener der Orgesch sei. Das **Statut der bayrischen Einwohnerwehr ist von sozialdemokratischen Ministern gemacht worden.** Ehrerbietig ist ein zu einwandfreier Mann, daß ich es für eine Feigheit halten würde, wenn ich nicht hierfür das Zeugnis ablege. Alle sozialdemokratischen und kommunistischen Greuelgeschichten von reaktionären Verschwörungen und bayrischen Mörderzentralen haben sich als Erfindung erwiesen. Ehrhardt kann ja garnicht verhaftet werden, weil er unter die Amnestie fällt. (Hört hört! bei den Soz.) Heute wird gelacht, er bereite mit Stinnes zusammen eine neue Verschwörung vor. Herr Stinnes kennt ihn aber ebensowenig wie der bayrische Justizminister. Ich weiß, daß Escherich gar keine Verbindung mit Lüttwitz hat. Leute, die solche Schwindelgeschichten verbreiten, sollten rücksichtslos blosgestellt werden. Uns würde es erwünscht sein, wenn die Staatsautorität so würde, daß wir keine Selbstschutzgarantien mehr brauchen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **Grube** (Soz.): Die Reichsregierung hat sich von Herrn von Kahr einmal einwickeln lassen. Die bayrische Regierung hat sich zweideutig gezeigt. Wenn mit dem Geldmann zur Reichstreue ernst gemacht würde, dann verfüge die bayrische Regierung und die Bayrische Volkspartei, Herr Dr. Heim ist uns kein unverdächtiger Zeuge. Er treibt dieselbe Politik der Hinterhältigkeit wie die bayrische Regierung.

Abg. **Traulmann** (D. V.) polemisiert gegen die sozialdemokratische Partei, der er das Recht abspricht, hier als Tugendwächter aufzutreten.

Nach einer Reihe weiterer persönlicher Bemerkungen ergreift Abg. **Dr. Rosenfeld** (U. S.) das Wort zu einer scharfen Polemik gegen die bayrische Regierung, die Einwohnerwehren und die Orgesch und tritt für die Anträge seiner Partei ein.

Der Entwurf wird gegen die äußerste Linke angenommen. Die unabhängigen Anträge werden abgelehnt. Die Etatsberatung wird dann fortgesetzt beim **Reichsfinanzministerium.**

Abg. **Herz** (U. S.) erstattet Bericht über die Ausschußverhandlungen und bittet den Finanzminister um die im Ausschuß versprochenen genauen Auskünfte über die **Steuerangelegenheit Erzbergers** und **von den Kerckhoffs.**

Reichsfinanzminister **Dr. Wirth** gibt dann eine kurze Erklärung ab, in der er mitteilt, daß in der Sache des bekannten Amsterdamer Bankhauses Gruiser, Philipp und Co. die Untersuchung ergeben habe, daß in mehr als 10 Fällen Kapitalverschiebungen ins Ausland vorgekommen sind und daß bisher eine Gesamtsumme von 251 Millionen Mark als verschoben festgestellt sei.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 1 Uhr.

•

Kurze Vertagung des Reichstags.

Berlin, 28. Febr. Der Reichstag wird sich, wie wir erfahren, Mitte dieser Woche auf kurze Zeit vertagen, um die Verhandlungen in London nicht zu beeinträchtigen. Die Parteiführer werden ständig zur Verfügung der Regierung stehen.

Das Verkehrsprogramm des Reichsverkehrsministers Gröner.

Berlin, 28. Febr. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde die Debatte über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Reichsverkehrsminister Gröner führte aus, durch persönliche Fühlungnahme sei er bestrebt, die Einheitlichkeit der Verwaltung zu sichern. Es sei gelungen, schwere Verkehrsstockungen zu vermeiden, obwohl infolge des niedrigen Wasserstandes der Fülle des Eisenbahnen besonders schwierige Aufgaben gestellt worden wären. Er sehe es als die erste Aufgabe der Verwaltung an, den technischen Apparat auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen, um allen Ansprüchen des Verkehrs gewachsen zu sein. Gleichzeitig sei er bemüht, das innere Gefüge der Verwaltung zu festigen und überall moderne Gedanken der Wirtschaftlichkeit zur Durchführung zu bringen. Er denke nicht an eine übermäßige Zentralisation in Berlin. Die Zerschlagung der Staatsbahnen in gemarkt wirtschaftliche Betriebe lehne er ab. Die Reichsbahnverwaltung dürfe nicht in bürokratischen Verwaltungen eingeschnürt bleiben, wenn sie schnell den wechselnden Bedürfnissen der Wirtschaft folgen solle. Die bevorstehenden Tariferhöhungen seien unbedingt notwendig, um das Betriebsdefizit zu decken. Es sei unmöglich die Betriebskosten des Unternehmens etwa durch Steuern aufzubringen. Die Beseitigung des Defizits werde in der Weise zu erfolgen haben daß zehn Milliarden durch Tarifserhöhungen, fünf Milliarden durch Ersparnisse eingebracht würden. Die Verminderung des Personals sei im Gange und werde auch weiterhin unaufhaltsam betrieben werden müssen. Dabei werde jedoch ein plötzliche Massenentlassungen nicht gedacht. Auf die Ausgestaltung des Fahrplanes sei er be ondere bedacht. Besserungen hierin können aber nur allmählich nach Maßgabe der verfügbaren Kohle und der Lokomotive erfolgen. In erster Linie werde er dabei den Berufs- und Arbeiterverkehr zu bessern suchen, aber auch der internationale Verkehr müsse ausgebaut werden. Der Wagenmangel sei in den meisten Fällen Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven. Der Bedarf an Wagen für die wichtigsten Dringemeinsaufgaben sei im Januar 1921 restlos gedeckt worden. Aus voller Ueberzeugung sei er für die Verbesserung der materiellen Lage der Eisenbahner in den Grenzen des Möglichen eingetreten. Er hoffe, daß nunmehr eine allmähliche Vermehrung des Personals eintrete. Die Diebstahlsbekämpfung habe unzweifelhaft Erfolge aufzuweisen. Es gab scharfe Weisungen, alle Schädlinge rücksichtslos aus dem Eisenbahndienst zu beseitigen. Die Arbeitswilligkeit des Personals sei im erfreulichen Zunehmen. insbesondere bei den älteren Leuten, deren Einfluß wieder im Steigen sei. Der Achtstundentag führte durch seine plötzliche Einführung in die Eisenbahnverwaltung ohne die notwendige Vorbereitung zu großen Schwierigkeiten. die allmählich durch verständige Anwendung dieses Grundsatzes beseitigt werden müßten. Ein Gesetz über die Arbeitszeit bei den Eisenbahnen sei in Vorbereitung. durch das wie er hoffe auch diese Schwierigkeiten beseitigt würden. Inzwischen sei alles eingeleitet, um die Schäden schon jetzt zu verringern. Er freue sich. feststellen zu können, daß er bei dem Personal auf volles Verständnis stoße.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Bestimmungen über die Abstimmung.

WTB. Oppeln, 28. Febr. Die Interalliierte Kommission hat heute Bestimmungen über die am 20. März stattfindende **Abstimmung in Oberschlesien** als Ergänzung zu dem am 31. Dezember v. J. veröffentlichten Wahlreglement herausgegeben. Darin heißt es u. a.:

Die Abstimmung findet am **Sonntag, den 20. März**, für das gesamte oberschlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt. **Der Passagierschein gilt als Paß und muß vom paritätischen Ausschuß des Ortes beantragt werden, in dem ab gestimmt wird.** Die Passagierscheine gelten gleichzeitig als **Wahlkarten.** Die Personen der Kategorie I und II erhalten den Passagierschein von dem paritätischen Ausschuß ihres Abstimmungsortes. Die Personen der Kategorie D erhalten einen ähnlichen Passagierschein, und diejenigen der Kategorie B erhalten denselben Passagierschein, den aber der paritätische Ausschuß des Ortes, in dem sie eingetragen sind, ausstellt. Personen, deren Gesundheitszustand eine Begleitung erforderlich macht, können auch für den Begleiter einen Passagierschein erhalten. Sämtliche Passagierscheine brauchen nicht das Visum eines französischen Konsulats zu haben. Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel aus weißem Papier mit schwarzem Druck. Die eine Kategorie trägt den Vermerk „Polska — Polen", die zweite Kategorie den Vermerk „Deutschland — Memel". Jeder Umschläge und Urne werden von der Regierungskommission geliefert. Die Abstimmung dauert von 8 bis 8 Uhr abends. Nach Vorzeigen seiner Wahlkarte erhält der Stimmberechtigte einen Umschlag und zwei Wahlzettel. Er übergibt seine Wahlkarte dem Wahlbureau, das seine Wahlberechtigung feststellt. Darauf übergibt er den vorher in der Zelle gefüllten Umschlag der Wahlurne und erhält alsdann seine abgestempelte Wahlkarte zurück.

Ungültig sind 1. Stimmzettel, die nicht das vorschriftsmäßige Muster haben; 2. Stimmzettel mit **Merkmalen**, die eine Verletzung des Abstimmungsgeheimnisses bezwecken; 3. Stimmzettel mit **Zusätzen oder Streichungen**; 4. Stimmzettel **ohne Umschlag**; 5. Stimmzettel, die **ohne Umschlag** gefunden wurden; 6. Stimmzettel in unvorschriftsmäßigen Umschlägen. Jeder Umschlag darf nur einen Stimmzettel enthalten. Sind mehrere darin, aber von der gleichen Kategorie, so werden sie als eine Stimme gezählt; sind sie verschiedener Kategorien, so sind sie alle ungültig. Im Falle, daß über die Gültigkeit der Stimmzettel keine Einigkeit im Wahlbureau erzielt werden kann, gelten sämtliche Zettel als angefochten, wodurch ihre Berechnung ausgesetzt ist. Die Entscheidung liegt bei dem interalliierten Bureau. Das interalliierte Bureau prüft die Abstimmungshandlung, entscheidet über die strittigen Fälle und die angefochtenen Stimmzettel und stellt die endgültigen Ergebnisse der Abstimmung fest. Der Gesamtbericht des interalliierten Bureaus mit den Vorschlägen bezüglich der Gültigkeit der Abstimmungshandlung geht an die Regierungskommission. Die Regierungskommission entscheidet in letzter Instanz über die Gültigkeit und bestätigt das Ergebnis. Wo es angefochten wird, findet an einem noch zu bestimmenden Tage ein zweiter Wahlgang statt.

•

Die gleichzeitige Abstimmung in Oberschlesien.

Warschau, 25. Febr. Der Londoner Beschluß über die gleichzeitige Abstimmung in Oberschlesien hat in der polnischen Presse einen wahren Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Von der Rechten bis zur Linken erschallt der Ruf: **Fort mit dem Außenminister Sapiehal Gegen England, das nach** Ansicht der Warschauer Blätter gemeinsam mit Italien den Konferenzbeschluß gegen Frankreich durchgesetzt hat, herrscht **große Empörung.** Die Drohungen eines **Aktes der Selbstwehr der oberschlesischen** (will sagen: polnischen. D. Schriftl.) **Bevölkerung**, die bereits im Parlament ihren Anfang genommen haben, werden heute wiederholt. Der linksstehende „Moranny Kourier" beschuldigt England, die Abstimmung zur Farce gemacht zu haben. Auch der sonst gemäßigte „Kourier Polski" spricht von tiefster Empörung. Die nationalistische „Rzecz Pospolita" sagt, daß das polnische Volk auch nach dieser diplomatischen Niederlage den Kampf nicht aufgeben wird. Ueber die Beschlüsse der polnischen Regierung ist nichts bekannt. Der Rücktritt Sa chas steht noch keineswegs fest. Einstweilen ist seine diplomatische Reise nach Bukarest für Donnerstag fest.

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

26) (Nachdruck verboten.)

Sie lachte, ein wenig nervös. Nachdem sie sich überzeugt hatte, daß genügend Wasser für den Tee in der Kaffeeralle war, wandte sie sich und sah ihn an, mit einem großen, festen Blick, den Kopf leicht zurückgelehnt, sich mit den Händen auf den Rand des Tisches stützend. Das gedämpfte Licht der mit roter Seide verhangenen Lampe gab der Haut ihres schönen Antlitzes einen wunderbar warmen Farbenton, ihre schlanke und doch volle Gestalt kam in dem anschließenden Promenadenkleid voll zur Geltung. Seine Hände zitterten — so, wie sie jetzt vor ihm stand, hatte er sie in jener Nacht in seinem Zimmer gesehen.

„Zunächst," sagte sie langsam, „möchte ich eine Frage stellen. Warum taten Sie es?"

„Was?" fragte er verständnislos.

Sie machte eine ungeduldige Bewegung.

„Warum erwähnten Sie in Ihrer Aussage nichts von mir?"

„Ich weiß es nicht."

„Sie haben sich damit in eine bedenkliche Situation gebracht. Ihr Verschweigen eines so wichtigen Umstandes müßte Ihnen, wenn es bekannt würde, ernste Unannehmlichkeiten zuziehen. Sie haben sich dieser Gefahr ausgesetzt, offenbar nur, um mich zu schützen. Warum das?"

„Vielleicht nur, weil ich ein Narr war," sagte er hart.

Sie schüttelte den Kopf.

„Nicht doch! Das war nicht der Grund."

Er trat einen paar Schritte auf sie zu, und ihre Blicke versenkten sich ineinander.

„Ich tat es, weil ich so schwach bin wie andere Männer auch," sagte er. „Soll ich es Ihnen noch einmal in dürren Worten sagen, was Sie doch wissen? Ich tat es, weil ich nicht wollte, daß jemand erfuhr, Sie seien in jener Nacht in Otto Martens Wohnung gewesen. Weil ich Sie vor allen peinigenden und demütigenden Fragen schützen wollte und vor dem Gerede der Leute. Sind Sie zufrieden?"

„Es war sehr, sehr großmütig von Ihnen," sagte sie weich. „Ich bin Ihnen unendlich viel Dank schuldig."

Er wehrte entschieden ab.

„Ich habe es nicht getan, um Dank zu ernten," sagte er. „Das einzige, was ich dafür begehre, ist die Ueberzeugung, daß ich recht gehandelt habe. Ich wünschte zu wissen, was Sie zur Nachtzeit allein in der Wohnung eines solchen Mannes wollten — in der Wohnung, zu der Sie sich nur mit einem — gestohlenen Schlüssel Zutritt verschaffen konnten. Und ich wünschte ferner zu wissen, was Sie über seinen Tod wissen."

„Ist das alles?" fragte sie.

„Ist es nicht genug? Die beiden Fragen genügten jedenfalls, mich halb um den Verstand zu bringen. Sie wissen nicht, in welchen Zustand mich diese unglückselige Nacht gebracht hat."

„Sie haben ein Recht, die Fragen zu stellen," sagte sie leise, „und ich habe kein Recht, die Antwort darauf zu verweigern."

„Nein!" bestätigte er kurz und rauh. „Sie werden sie beantworten."

Es gab ein langes, drückendes Schweigen. Nachdenklich sah sie ihn an, und ihre Augen spiegelten die Reflexe des zuckenden kleinen Flämmchen unter dem Teekessel, in dem das Wasser zu summen begann.

„Ich kann nicht," sagte sie plötzlich. „Ich kann Ihnen nichts sagen."

Einen Atemzug lang starrte er sie sprachlos an. Der Ton ihrer Worte hatte ihm deutlich gesagt, wie die Worte selbst, daß er nichts, nichts von ihr erfahren würde, und es hatte ihn getroffen wie ein Schlag. Plötzlich lachte er auf, so wild und hysterisch, daß zum ersten Male ein Ausdruck von Furcht in ihre Augen kam.

„Nicht! — Nicht!" bat sie leise und streckte unwillkürlich die Hand gegen ihn aus. „Seien Sie nicht zornig!"

Aber seine Nerven versagten. Er war außer sich.

„Nicht zornig — nein! Nicht darüber, daß ich um Sie halb verrückt geworden bin, daß mich diese entsetzliche Nacht Jahre meines Lebens kostet, vielleicht mein Leben. — Ja — mein Leben. Denn ich habe ein Gefühl jetzt, diese ganzen Tage hindurch, daß ich überhaupt unfähig geworden bin, klar und logisch zu denken, daß ich nicht mehr werde arbeiten können, nichts mehr schaffen. Das ist gleichbedeutend für mich mit dem Verlust meines Lebens überhaupt. Und all das, weil ich mir den Fluch dieser Lüge aufladen mußte — Ihretwegen. Es ist — es ist —"

Er schlug die Hände vor das Gesicht, und wie im Fieber schüttelte es seinen Körper. Der Ausdruck ihres Antlitzes wurde hart.

„Sie haben es um meinetwillen getan, und ich bin Ihnen sehr dankbar dafür — ich habe es keinen Augenblick abgeleugnet. Aber ich habe Sie doch nicht darum gebeten, zu schweigen. Wenn Sie es bereuen, so machen Sie es doch jetzt noch wieder gut und reden Sie. Ich habe es von vornherein nicht anders erwarten können, als daß meine Anwesenheit in Martens Wohnung zur Sprache kommen würde, nachdem Sie mich gesehen hatten. Und ich werde die Folgen zu tragen wissen."

Er ließ die Hände sinken und machte eine heftige Bewegung.

„Sie wissen recht gut, daß ich es nicht kann," stieß er hervor. „Jetzt so wenig wie in der Nacht, als ich Martens fand." Er suchte sich zu beherrschen. „Ich will Ihnen ja keine Vorwürfe machen; wenn ich es getan habe, müssen Sie es meiner trostlosen Stimmung zugut halten. Nur das eine müssen Sie —"

Sie schien willens, ihn zu unterbrechen, aber er sprach rasch und rücksichtslos weiter:

„Nur das eine müssen Sie mir beantworten. Ob das, was Sie zu diesem Martens führte, in irgendeinem Zusammenhang mit seinem Tod steht. Ob Sie etwas von seinem Tod, von dem, der seinen Tod herbeiführte, wissen."

Sie preßte die Hände auf die Brust. Ihr Gesicht zeigte einen gequälten, müden Ausdruck. Er wartete geduldig, bis sie sprechen würde, und sie sagte denn auch endlich, zögernd und widerstrebend:

„Ihre erste Frage — kann ich nicht beantworten, weil ich nicht weiß, weswegen Martens ermordet worden ist. Genug: Ihnen das als Beantwortung der zweiten Frage."

(Fortsetzung folgt.)

Der Abstimmungsverkehr.

250 Sonderzüge.

Zu der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien hat die Eisenbahnverwaltung zur Sicherstellung der rechtzeitigen Beförderung und des Eintreffens im Abstimmungsgebiete selbst umfangreiche Maßnahmen getroffen. Den Schwerpunkt des eigentlichen Abstimmungsverkehrs, der Dienstag, den 8. März einsetzt, bildet ein Sonderzugprogramm von etwa 250 Sonderzügen, die aus allen Gegenden Deutschlands während einer elftägigen Transportperiode in das Abstimmungsgebiet gefahren werden sollen. Von diesen Sonderzügen sollen allein 90 in Schlesien selbst, rund 60 in Berlin und etwa 35 in Westfalen beginnen, während das aus den übrigen Gegenden des Reiches entsprechend ihrer geringeren Bedeutung mit Stimmberechtigten verhältnismäßig weniger Züge gefahren werden. Die Stimmberechtigten aus Ostpreußen gelangen z. T. über den Bezirk Pillau-Swinemünde nach Berlin, von wo aus ihre Weiterbeförderung in Sonderzügen erfolgt, über die sie benutzen die Schnellzüge Ostpreußen—Berlin.

Jeder Sonderzug hat einen entsprechenden Begleitzug, so daß diejenigen Reisenden, die zuerst in das Abstimmungsgebiet befördert werden, auch zuerst wieder die Rückfahrt antreten können. Die besonderen Abstimmungsausweise werden nur durch die beteiligten Organisationen ausgegeben und lauten auf bestimmte Tage und Züge in beiden Fahrtrichtungen. Zur geordneten Durchführung des Abstimmungsverkehrs wird, wie wir erfahren, die Eisenbahnverwaltung eine scharfe Kontrolle über die Einhaltung des Tages und Zuges ausüben. Jeder Zug wird etwa 850 bis 1000 Reisende befördern. Trotz der hierdurch bedingten Länge der einzelnen Züge sind für die ausreichende Erwärmung der Wagen die Maßnahmen getroffen worden, daß die Wagen durch Einstellung besonderer Heizkesselwagen genügend geheizt werden. Ebenso wird auch dafür gesorgt werden, daß die Wagen gut im Stande und gut beleuchtet sind. Auch für die ausreichende Verpflegung während der Reise ist gesorgt; besondere Rücksicht ist hierbei bei der Bemessung der Aufenthalte auf den Verpflegungsstationen genommen worden. An der Grenze des Abstimmungsgebietes findet eine Kontrolle statt. Die Sonderzüge werden mit größter Pünktlichkeit verkehren, da sie bei der Beförderung den Vorrang vor allen übrigen Schnell-, Personen- und Güterzügen haben.

Endlich werden auch noch im beschränkten Umfange Züge des öffentlichen Verkehrs zur Beförderung der Stimmberechtigten für die ganze Reisestrecke herangezogen, die in erster Linie den in Schlesien selbst wohnenden Abstimmungsberechtigten zur Verfügung stehen. Für den Zubringerverkehr sind außer den Zügen des öffentlichen Verkehrs auch noch die Beförderung auf Klein- und Nebenbahnen zur Verfügung.

Der Essener Wasserturmprozeß.

Essen, 28. Febr. Die heutigen Verhandlungen werden mit der Vernehmung einer Reihe von Zeugen begonnen, die in unmittelbarer Nähe des Turmes wohnen und die Vorgänge mit angesehen haben. Die Aussagen gehen auseinander. Sie stimmen nur darin überein, daß nach dem Herausziehen der weißen Flagge noch geschossen wurde. Bemerkenswert ist die Vernehmung des jetzigen Wachtmeisters der Grünen Polizei, Thomas. Thomas gehörte den grünen Verteidigern des Wasserturmes an und wird von der Verteidigung beschuldigt, den ihn begleitenden Rotgardisten nach der Uebergabe erschossen zu haben. Er erzählt, daß er etwas der hochaufgestellten Maschinengewehre im Wasserturm bediente, daß das Feuer aber sehr bald eingestellt werden mußte, da aus den umliegenden Dachluken heftig nach ihnen geschossen wurde. Nach dem Hissen der Flagge, erklärt der Zeuge mit Bestimmtheit, ist von den Verteidigern kein Schuß mehr abgegeben worden. Thomas schildert dann, wie die Verteidiger von den Angreifern bis auf das Hemd ausgeraubt und niedergemacht wurden. Die Rotgardisten hätten sich mit einem Kriegsgeheul auf die Verteidiger gestürzt und sie so unmenschlich behandelt, wie es selbst die Schwarzen im Kriege nicht mit ihren Gefangenen getan hätten.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 1. März.

— **Silber-Hochzeit.** Schuhmachermeister Friedr. Osthoff und Frau Martha geb. Graf, Hagener Str. 41 feiern heute das Fest ihrer Silberhochzeit.

— **An Schlesier Spenden sind weiter eingegangen:** Töchter-Schule Mark 320,85; P. P. V. 1000; Bürg. Ge. V. 816; Apoth. D. 100; Bee. 50; Sch. 5; B. & K. 200; H. W. & Co. 50; Ew. B. 200; P. C. Sch. 50; D. H. 50; Sch. & G. 50; W. & B. 100; D. H. 50; S. & Sp. 50; Sch. & Co. 200; W. H. Sohne 100; Gebr. Sch. 300; H. Sch. 20; A. H. 50; Sch. & Fl. 100; Gebr. B. 50; C. B. 50; W. K. 50; W. Br. 10; W. Sch. 200; C. Weh. 500; T. S. 50; zusammen 4 771,85 Mk. Ferner an den Barm. Bank-Verein sind bis 25. 2. mittags direkt eingezahlt worden 4 241,50. Letzte Veröffentlichung 16 337. dazu 4 771 35 und 4 241,50 zusammen also Mk 25 349,85. Weitere Gaben an den Barmer Bank-Verein unter dem Stichwort „Schlesier Verein" werden dankend entgegengenommen. Es sind noch große Beträge aufzubringen sind. Allen bisherigen Spendern, herzlichen Dank. Dr. Weiß.

— **Einen glänzenden Erfolg erzielte Musikdirektor Griesenbeck** mit seinem Doppel-Quartett „Beethoven"-Velbert auf dem internationalen Gesang-Wettstreit in Hellgenhaus. Er errang mit einem Punkt hinter dem 1. Preis den 2. Preis, den 1. Ehrenpreis und den 1. Hauptehrenpreis unter erdrückender Konkurrenz.

— **Von kirchlicher Seite** wird uns mitgeteilt, daß man in Zukunft an den Veranstaltungen des Freidenkervereins, bezw. an dessen Diskussionen nicht mehr teilzunehmen gedenkt, da der Ton der letzten Versammlungen eine ruhige, sachliche Aussprache nicht möglich machte. Die Gemeindeglieder werden gebeten, ihrerseits darnach ihre Entschließungen zu treffen.

* **Zentralverband proletarischer Freidenker.** Auf den morgen abend 8 Uhr im Buschmann'schen Saal stattfindenden Lichtbilder-Vortrag „Die Geschichte der Urwelt" sei an dieser Stelle hingewiesen. Der Redner, Richard Laube, Direktor des Kosmos-Instituts Leipzig, gilt als anerkannter Fachmann.

— **Wie Lotteriegewinne versteuert werden.** Die Vorzugsstellung der Lotteriegewinne besteht nicht in der Art, daß nur ein Bruchteil dieser Gewinne bei der Steuerveranlagung herangezogen wird. Besonders geregelt sind die Gewinne jener Art aus der Deutschen Spar-Prämien-Anleihe 1919. Die dem Besitzer der Anleihestücke zustehenden Leistungen, sowohl die etwa auffallenden Gewinne bei den Tilgungsziehungen, als auch die bei der Tilgung ausgezahlten aufgelaufenen Zinsbeträge zu 5 Prozent pro Jahr unterliegen im Gewinn- resp. Tilgungsjahr nicht der Einkommensteuer. Im übrigen werden Lotteriegewinne nach § 25 des Reichseinkommensteuergesetzes nur in der Anwendung des Tarifs bevorzugt, aber mit dem vollen Betrage versteuert. Der Vorzug besteht darin, daß der Lotteriegewinn mit dem Steuersatz belegt wird, der für das Einkommen des Steuerpflichtigen nach Zug des Gewinnes in Betracht kommt; falls sich dann ein steuerpflichtiges Einkommen nicht ergibt, also ein Hundertsatz nicht ermittelt werden kann, so wird die Steuer nach dem niedrigsten Tarifsatz, also 10 Prozent, erhoben.

Turnen, Sport und Spiel.

r. **Der 1. Bezirk der Märkischen Turngaues** hielt seine Jahreshauptversammlung am Sonntag nachmittag im Lokal Rosenbahl in Gevelsberg ab. Nach Erstattung des Jahresberichts wurde die seitherige Bezirksleitung und zwar W. Rummel-Haspe Bezirksvertreter, H. Kraus-Vogelsang 1., E. Köddermann-Boerde 2. Bezirksturnwart, W. Müller-Haspe Bezirksspielwart, K. A. Melcher-Gevelsberg Bezirksschriftwart einstimmig wiedergewählt. Als Besitzer zum Spielaustausch, zugleich Sport- und Pressewarte, wurden gewählt Emil Melcher-Gevelsberg und Gebr. Westerbauer. Für die Meisterspiele der Sommerspielzeit sind a dem Bezirk gemeldet: Schlagball der Männer 28, der Jugend 21, der Frauen 4 Mannschaften; Faustball der Männer 28, der Jugend 5, der Aelteren 3, der Frauen 2 Mannschaften, ferner für Frauen in Korbball 5 und in Tamburinball 1 Mannschaft. Die Einteilung in Kreise erfolgt in einer Sitzung der Gau- und Bezirksspielwarte am 5. März. Am 11. und 12. Juni findet beim Tv. Jahn-Westerbauer das Bezirksturnfest statt und zwar in folgendem Rahmen: Samstag nachmittags Wetturnen der Jugendlichen in 2 Gruppen 12—14 und 15—18 Jahre; Sonntag vormittags: Wetturnen der Männer (Zwölfkampf in 2 Gruppen); Sonntag nachmittags: Wetturnen der Aelteren über 40 Jahre (Neunkampf) und der Frauen. Für das Jugendwetturnen haben in allen Vereinen Vereinswetturnen vorauszugehen, der Uebungsstoff ist bereits den Vereinen zugegangen. Im übrigen lehnt sich das Bezirksturnfest eng an die Bestimmungen für das am 2. und 3. Juli in Herdecke stattfindende Gauturnfest an, das ebenfalls einen 12-Kampf der Männer in 2 Gruppen, einen 9-Kampf der Aelteren und außerdem ein Vereinswetturnen vorsieht und gleichfalls Samstag nachmittags und Sonntags abgehalten werden soll.

Sprechsaal.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Artikel, Notizen und Zuschriften, denen wir Raum zur Verfügung stellen, ohne uns mit ihrem Inhalt zu identifizieren. Für alle Veröffentlichungen fehlen uns die gesetzliche Grundvoraussetzung. Die Schriftleitung.

Dem unter den Fittichen des Haus- und Grundbesitzer-Vereins stehenden Verfasser des gestrigen Sprechsaal-Artikels d. Ztg. zur Erwiderung, daß mein „Topf" nicht hohl ist, sondern noch eine Fülle köstlichen Inhalts für den Haus- und Grundbesitzer-Verein in sich birgt. Lade den Schreiber des Haus- und Grundbesitzer-Vereins hiermit zu einer Kostprobe ergebenst ein und bitte ihn, nicht um den „Topf" zu laufen, wie die Katze um den heißen Brei. Auf den Kern meines letzten Eingesandts nicht eingehend, versucht der Schreiber in etwas eigenart ger Weise dem Mieter-Verein eine starke Prise zu verabreichen, indem er meint, der Haus- und Grundbesitzer-Verein helfe es unter seiner Würde, mit einem „U. S. P."-Mieterverein zu konferieren. Weshalb wendet der Schr e der diesen Trick an, trotzdem er genau weiß, daß der Mieter-Verein nur eine wirtschaftliche Organisation darstellt und daß sich zu ihr Mitglieder aller politischen Parteien (S. P. D., U. S. P., Komm., Demokraten usw.) bekennen? Er will einen Keil in den Mieter-Verein treiben, durch seine Argumentierung verschiedene Mieter vom Verein abspenden, damit der Haus- und Grundbesitzer-Verein mehr Spielraum in seinen Bestrebungen erhält. Als Zeuge der Vorstandswahl kann ich ihm versichern, daß es gerade „U. S. P."-Mieter waren, die einen Demokraten infolge seines Talentes zur Besetzung eines Vorstandspostens vorschlugen und auch gewählt wurde. Also bitte etwas mehr Vorsicht, betr. der ausgesprochenen Tendenz des Mieter-Vereins nach links. Anbezug auf die Beratungsstelle im „roten Gewerkschaftshause" zur Beruhigung, daß ich in der nächsten Versammlung erneut einen Antrag auf Wahl eines parteilosen Hauses stellen werde, um Ihnen zu beweisen, wie der Wille der Mitglieder des Vereins ist. In der Wiedergabe von Zeiler Andersdenkender scheint der Schreiber keine große Kraft zu sein: hatte ich doch nicht geschrieben, die Mieter allein hätten den Hausbesitz im Kriege geschützt, sondern **mit** dazu beigetragen. (Allerdings in weit größerer Zahl als die Hausbesitzer.) Auch einen feinen Witzen scheint er in der mehrwöchigen Dauer zwischen meinem letzten und seinem gestrigen Schreiben gefunden zu haben: „Der vaterlandslose Geselle hat dem Vaterlande nicht gedient und hat sich schützen lassen." Ja, ich habe eine andere Weltanschauung als der Schreiber des Eingesandts des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und weiß auch, aus **welcher** Entwickelung Kriege entstehen. Ich habe bei Ausbruch des Krieges nicht hurra gerufen, sondern bin ein Gegner des Krieges, des Kapitalismus und dessen Produkt er sind. Trotzdem habe ich die Lasten des Krieges zu tragen bekommen. Nehmen Sie es deshalb nicht übel, daß ich als Reklamant keine Patrouillengänge im Osten unternommen und keine reizenden Gedichte in unendlicher Zahl für das Vaterland verfaßt habe. Die Mieter haben mich trotz meines Hierbleibens gerne geschützt, während in der Beschützung des Hausbesitzes ein militärisches Muß lag. Herzlichen Dank für die Belehrung betr. der Aufhebung der Zwangswirtschaft durch — **die** Mieter. Wenn die Ausgleichssumme in den Stadtsäckel fließt, bin auch ich einverstanden. Die fragliche Stelle in meinem Eingesandt scheint nicht richtig verstanden zu sein. **Die weil** nun der Schreiber des gestrigen Eingesandts etwas Gesinnungsschnüffelei getrieben und von meinem sachlichen Artikel auf das persönliche und politische Gebiet gekommen ist, so kann ich nicht umhin, mich auch einmal mit seiner wandelbaren politischen Gesinnung zu beschäftigen. Der Schreiber scheint mir persönlichkeit identisch zu sein, die kurz nach Ausbruch der „Revolution" sich bei der U. S. P. zur Aufnahme als Mitglied anmeldete. Die Sache war schon so weit gediehen daß man ihn als Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl vorschlagen wollte. In einer Mitglieder-Versammlung wäre die Sache beinahe im Sinne des Antragstellers erledigt worden. Auch ich trat mit einem Schreiben an den Obmann für die Gewinnung des betreffenden Herrn ein, mit der Begründung, endlich ein Mitglied zu bekommen, welches als Erzieher unserer Jugend-Organisation schätzbare Dienste leisten könne. In der Mitgliederversammlung lehnten aber viele U. S. P.-Leute diesen Herrn mit folgender Begründung ab: „So oft wie der Herr seinen langen Bart abnehmen läßt, so oft wechselt er seine Gesinnung!" Und in der Tat, heute steht er an der Spitze einer gegnerischen politischen Partei und spielt in dieser wie in dem Haus- und Grundbesitzer-Verein eine führende Rolle. Er gebärdete sich seinerzeit mir gegenüber in einer Wirtschaft als ein echter Sozialist und kann es nicht verstehen, daß er es heute unter seiner Würde hält, mit den Mitgliedern eines wirtschaftlichen Vereins zu verhandeln. Aber einen Trost hat er den Mitgliedern des Mieter-Vereins am Schlusse seines gestrigen Eingesandts doch hinterlassen: Er wird wahrscheinlich seinen Bart wieder stehen lassen und die Kluft, die zwischen dem Mieter- und Haus- und Grundbesitzer-Verein besteht, zu überbrücken suchen. Wir reichen ihm dazu die Hand. Ob mit oder ohne Bart, es ist einerlei, an uns soll es nicht liegen.

Karl Westerhoff.

Abenddämmerung.

Die Sehnsucht zieht leise ins Herz mir hinein,
ich falte die Hände und sinke zurück,
und wieder träum' ich im Abendschein
von seliger Hoffnung und künftigem Glück.

Des Tages Arbeit und Last ist zuende,
und Dunkelheit deckt der Erde Pracht.
Verlassen liegt nun das Werk meiner Hände.
Bei dir nur allein weilt mein Sinn: „Gute
(Nacht!"

Lyrikus.

Wirtschaftlicher Teil.

Der Hansabund gegen die gelarnte Rätevertassung im Wirtschaftsleben.

Essen, 1. März. Der Hansabund hat die kritische Denkschrift zum bekannten Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums über den weiteren Aufbau des wirtschaftlichen Rätesystems nunmehr fertiggestellt und den Parlamenten und der Regierung überreicht. Die Denkschrift verwirft die gesamte Räteverfassung als Ueberorganisation und weist insbesondere auf die außerordentlich großen Kosten ihrer Durchführung hin, die im krassen Widerspruch zu unserer finanziellen Notlage ständen.

Bemerkenswerte Zahlen.

Aus einem dieser Tage in Bochum gehaltenen Vortrag des Bergassessors Brandi dürften folgende Zahlen besondere Beachtung beanspruchen:

Die Verwaltung des sozialisierten Kohlenbergbaues würde mindestens 5000 Beamte mehr erfordern als heute angestellt sind. (Die Reichsgetreidestelle beschäftigt zurzeit sogar 4912 Beamte innerhalb eines viel einfacheren Verwaltungsbetriebes.) Unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Steiger-Einkommens würden die Gehälter etwa 160 Millionen Mark betragen. Dieser Betrag ist bedeutend höher als die gesamte Dividende des rhein.-westfälischen Kohlenbergbaues im glänzendsten Wirtschaftsjahre vor dem Kriege.

Wir haben jetzt schon im Ruhrbergbau etwa 1250 Verbesserausschußmitglieder, die, fast ohne produktive Arbeitsleistung, bei einem normalen Bergarbeiterlohn über 30 Millionen Mark erfordern. Das ist das Mehrfache der Gehälter sämtlicher Direktoren.

Wie verteuert die gegenwärtige Ueberorganisation und Bureaukratisierung arbeitet, zeigt auch der Verwaltungsapparat für das Steuerwesen. Etwa 40 Prozent der Reichseinkommensteuer gehen verloren durch die Erhebungskosten.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	25. Februar Geld	25. Februar Brief	26. Februar Geld	26. Februar Brief
Holland 100 Gulden	2151 85	2154 15	2150 85	2157 15
Belgien 100 Frk.	464 50	466 50	486 50	467 50
Norwegen 100 Kr.	1068 40	1068 60	1078 40	1081 10
Dänemark 100 Kr.	1128 85	1131 15	1122 85	1125 15
Schweden 100 Kr.	1393 90	1396 10	1398 90	1401 40
Finnland 100 fin. M.	181 60	182 40	167 30	167 70
Italien 100 Lire	22 75	22 75	22 25	22 75
England 1 Pfd. St.	242 25	242 75	242 50	243 00
Amerika 1 Dollar	62 93	63 07	62 93	62 94
Frankreich 100 Frk.	446 05	449 95	447 05	447 95
Schweiz 100 Frk.	1026 95	1030 05	1035 95	1038 05
Spanien 100 Pes.	861 60	863 40	866 10	868 90
Oesterreich 100 Kr.	00 00	00 00	00 00	00 00

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Bodenbender für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather beide in Gevelsberg.

Größeres Fabrikgeschäft sucht sofortigen Eintritt einen erfahrenen, zuverlässigen
Werkstatts-schreiber.
Angebote unter Nr. 5001 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Maurer
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Friedr. Bockhacker jr.
Hartlabeth b. Eisenbergerstr.

Solide Agenten
bei hohem Verdienst überall gesucht.
Grüssner & Co., Neu ade i. E.
Holzrolladen- u. Jalousiefabrik.

Wegen Heirat des jetzigen für 15. März ein tüchtiges
Mädchen
für Küche und Hausarbeit gesucht.
Frau H. Bremke, Mittelstraße 68.

Krankheitshalber für sofort ein tüchtiges
Mädchen
zur Aushilfe gesucht.
Hagener Straße 87.

Ein ordentliches
Mädchen
für ¾ Tag bei gutem Lohn sofort gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsst. ds. Ztg.

Ordentl. Mädchen
für ganze oder halbe Tage, welches zu Hause schlafen kann, gesucht
Frau Gust. Gohl, Blumenhandlung.

Suche für meine Tochter 15 Jahre.
Stelle auf Büro.
Selbige hat ein Jahr die Handelsschule besucht.
Angebote unter S. 544 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Besseres Mädchen,
in allen Hausarbeiten erfahren, sucht per 15. März in ruhigem Haushalt.
Näheres i. d. Geschäftsst.

Junges Mädchen sucht
Beschäftigung
für die Abendstunden nach 6 Uhr. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Ztg.

Obstbäume
beste widerstandsfähige Sorten für Garten und Obstplantagen empfiehlt in gesunder und kräftiger Ware
Gust. Weber,
Linnenberg bei Voerde i. W.

Heute eintreffend:
Frischen kopflosen
Schellfisch
und große grüne
Heringe
per Pfund Mk. 2.50.
Adolf Bertram,
Telephon 698.

Zu verkaufen:
Nußbaum-Kinderbett mit Bank, Puppenstube mit Zubehör.
Grabe, Wilhelmstraße 27. (Schmelmark).

Kompl. Bett oder 1 Oberbett mit Kissen
zu kaufen gesucht.
Näheres i. d. Geschäftsst.

Guterhaltene 1½-schläf.
Matratze
evtl. mit Bettstelle zu verkaufen. Hagener Str. 149.

Großer weißer **Herd**
billig zu verkaufen.
Milspe, Hellenbecker Str. 63.

Ein hochtragendes
Milchschaf
zu verkaufen. Voerdelang, Kirchwinkelstr. 32.

4 Karren
Dünger
zu verkaufen.
Rosenbahler Str. 86½.

Gut erhaltener, besserer
Sportwagen
zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 1911 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Junger Mann sucht
Kost u. Logis.
Angebote unter J. M. 2611 an die Geschäftsstelle.

Freundlich
möbl. Zimmer
an soliden Herrn sofort zu vermieten.
Mittelstraße 81 II, links.

Eine saubere
Schlafstelle
mit Morgenkaffee an einen anständigen Herrn zu vermieten. Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Die schönsten Moden
Als Frühlingsboten
Und schick im Schnitt
Bringt's Album Favorit!
700 Modelle. Preis Mk. 5.—
Heinr. Bremke, Mittelstr.

Anne-Liese

Die glückliche Geburt eines kräftigen

Sonntag-Mädchens

zeigen hocherfreut an

Fritz Droste u. Frau
Elisabeth geb. Meyer.

Gevelsberg, den 27. Februar 1921.

Martha Osthoff
Carl Hahn

beehren sich ihre Verlobung bekannt zu geben.

Gevelsberg, den 1. März 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sprechen wir unsern innigsten Dank aus.

Heinrich Daume u. Frau Wilhelmine
geb. Kumpmann.

Oeffentl. Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

Auf Grund der öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet:

1. alle im Finanzamtsbezirke wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufhalten, in dem Finanzamtsbezirke Grundbesitz haben oder ein Gewerbe oder eine Gewerbetätigkeit ausüben, oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirkes gelegenen Kassen mit Rücksicht auf frühere oder gegenwärtige dienstliche oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuererklärung abgegeben und soweit sie im Kalenderjahr 1920 oder in dem während dieses Kalenderjahres endenden Wirtschaftsjahr ein Einkommen von **mehr als 10 000 Mark** bezogen haben.

Die Steuererklärung eines Ehemannes muß das Einkommen seiner Ehefrau mitumfassen, sofern die Ehegatten nach § 2 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtig sind und nicht dauernd von einander getrennt leben.

Die Steuererklärung eines nach § 2 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtigen Haushaltsvorstandes muß das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder (eigene Abkömmlinge, Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge) mitumfassen, soweit es sich nicht um Arbeitseinkommen der Kinder handelt.

Die Steuererklärung ist für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft oder unter elterlicher Gewalt stehen und selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagen sind, von dem Pfleger, Vormund oder Träger der elterlichen Gewalt abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuererklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem Beginn des Rechnungsjahrs, aber vor Abgabe der Steuererklärung verstorben ist, ist die Steuererklärung, soweit ein Testamentsvollstrecker oder ein Nachlaßpfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat von diesen Personen, andernfalls von den Erben abzugeben.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuererklärung zugrunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnisse seiner Angaben dienenden Erläuterungen und Zusätze in die Steuererklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen.

Ist ein Einkommen auf Grund besonderer Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder auf Grund von Bilanzen ermittelt, so sind Abschriften dieser Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder Bilanzen der Steuererklärung beizufügen.

Soweit es sich um Einkommen handelt, das nur durch Schätzung ermittelt werden kann, steht es dem Steuerpflichtigen frei, die Schätzung solcher Einkommensteile selbst vorzunehmen und unter Mitteilung der Tatsachen, auf die sich die Schätzung gründet, deren Ergebnis in die Steuererklärung einzutragen oder nur die Tatsachen anzugeben, die er zur Ermittelung des Einkommens beizubringen vermag.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden ersucht aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 1. bis 31. März 1921 einsch.

bei dem Finanzamt Schwelm einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem Finanzamt Schwelm bezogen werden. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt worden ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärung durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Finanzamt Schwelm während der Geschäftsstunden Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags vormittags von 9 bis 12 Uhr entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark zu der Angabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 Prozent v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Steuergesetz zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 58 des Einkommensteuergesetzes und § 359 ff der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 367 Reichsabgabenordnung).

Außerdem werden sämtliche Personen,

a) die im Laufe des Jahres 1920 vorläufige Einkommensteuer entrichtet haben,

b) denen im Jahre 1920 Gehalts- oder Lohnbeträge für die Einkommensteuer einbehalten worden sind,

aufgefordert, innerhalb der für die Abgabe der Steuererklärungen vorgeschriebenen oben angegebenen Frist dem Finanzamt auf Verlangen Auskunft zu geben über die Entrichtung der vorläufigen Einkommensteuer und die Einbehaltung der Gehalts- und Lohnbeträge unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke, die bei dem für den Steuerpflichtigen zuständigen Finanzamt erhältlich sind.

Schwelm, den 28. Februar 1921.

Finanzamt Schwelm.
Dr. Springorum, Regierungsrat.

Bekanntmachung.

Am **Freitag, den 4. März 1921** erhalten die Lebensmittelgeschäfte für je 2 Personen 1 Dose kondens. Vollmilch. Der Verkaufspreis für gezuckerte Milch beträgt Mk. 10.50, für ungezuckerte Mk. 8.—.

Städt. Lager.

Bekanntmachung

betr. Säuglingszucker.

Obige Marken müssen sofort in den bekannten Geschäften abgeliefert werden. Die Geschäfte ihrerseits liefern dieselben bis **Donnerstag** beim Lebensmittelamt ab.

Gevelsberg, den 1. März 1921.

Das Lebensmittelamt.

Jagdverpachtung.

Die aus 3 Bezirken bestehende bisherige Gemeindejagd soll vom 1. April ds. Js. ab auf die Dauer von weiteren 6 Jahren neu verpachtet werden.

Termin zur Verpachtung wird angesetzt auf **Donnerstag, den 17. März 1921, nachmittags 4 Uhr,** im Rathaus, Zimmer 16 (Stadtverordneten-Sitzungssaal).

Bedingungen für die Verpachtung können bis zu diesem Tage im Rathaus, Zimmer 12, eingesehen werden; gegen Entrichtung von 1.50 Mk für das Stück sind daselbst auch Abdrucke der Pachtbedingungen erhältlich.

Gevelsberg, den 16. Februar 1921.

Der Bürgermeister. J. V. Müller.

Amt Ennepe.

Zur Besprechung der Einführung der Fortbildungsschulpflicht für die weibliche schulentlassene Jugend vom 1. April 1921 ab werden die interessierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer Versammlung eingeladen, die am **Donnerstag, den 3. März 1921,** abends 6 Uhr, im Sitzungszimmer des Amtshauses I, Voerder Str. 5, stattfindet.

Milspe, den 27. Februar 1921.

Der Amtmann: Burmann.

Echt ostfriesische

Tee-Mischungen

pro Pfd. 25.— u. 28.— Mk.

Wwe. Ernst Schulte.

Ia. Nußkohlen

für Hausbrand liefert prompt

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766

Aufruf!

Der Abstimmungstermin rückt immer näher heran! Am 13. ds. Mts. führt der erste und am 17. desselben der letzte Zug ab Hagen die Heimattreuen nach Schlesien an die Wahlurne. Oberschlesiens und Deutschlands Schicksal steht auf dem Spiele.

Die Ortsgruppe Gevelsberg d. V. V. H. O. S. hat den größten Teil der inzwischen gesammelten Beträge bis auf einen verschwindenden Rest an die Haupt-Zentrale abführen müssen. Von den Abstimmungsberechtigten fehlt so manchem Mitgliede das Nötigste zum Reisen. An dem Geldpunkte darf unseres Erachtens für keinen Oberschlesier die Reise zur Abstimmung in die Heimat scheitern. Der Vorstand wendet sich daher erneut an alle Volksgenossen mit der Bitte, diese kleine Schar mit Geldmitteln zu unterstützen. Spenden hierfür beliebe man mit dem ausdrücklichen Vermerke „Bestimmt für die bedürftigen Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe!" an den hiesigen Barmer Bank-Verein zu überweisen.

Der Vorstand. J. A.: Dr. Weiß.

Angenehme Selbständigkeit!

Forts. hoh., sich., fast mühelos. u. reelles Einkommen wird d. Uebern. ein. Allein-Vertr. f. d. dort. Bez. geb. Keine Reise- od. Schreibtätigk. Keine Versicher., od. Kaut. Völlig unabh. Profit! **Jegliches Risiko ausgeschlossen! Sofort Barverdienst!** Geringst. Zeitaufw. Leist. ganz vorz. als **Nebenerwerb** pass. Auch geeign. f. Offiz. a. D. od. Herren, die ihre Einnahme erhöh. woll., ohne m. ihr. Nam. an die Oeffentl. zu tret. Mk. 7000,— müss. als Antigekap. verfügb. sein. Ueb. 100 Bezirke hier. verg. Angeb. mit Altersang. von nur erstkl. Refl. werd. u. H. H. 53 an die Annoncen-Exped. von **Rudolf Mosse, Zittau** i. Sa. erbeten.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Heute abend ½9 Uhr in der Kirche:

Passionsandacht.

anschl. gem. Abendmahlsfeier. P. Schlosser.

Wegen des Bußtages vor Palmsonntag abend bei Hachen entfällt der Jungfrauenverein. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch.

Deutschnatl. Jugendgruppe Gevelsberg.

Die Mitglieder sammeln sich pünktlich **heute abend 7½ Uhr** am Kiegena.

Der Vorstand.

Echte Soester

Bauernstuten

und

frische Landeier

empfiehlt

Carl Hahn,

Hagener Straße 45.

Mais

grob und feinkörnig, ab Lager vorrätig.

Herm. Ecke.

Sehr gut erhaltene Bettstelle und gut erhaltene Küchenschrankbank zu verkaufen.

Schmidt, Nordstraße 12.

Zentral-Verband proletarischer Freidenker
Ortsgruppe Gevelsberg.

Mittwoch, 2. März 1920, abends 8 Uhr, im Baschmannschen Saale, Rosendahler Str.:

Lichtbilder-Vortrag

Vortragender: Herr Direktor Rich. Laube vom Kosmos-Institut, Leipzig.

Thema:

Die Geschichte der Urwelt.

Freie Aussprache.



Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 7 Uhr.

Erstklassiger Spielplan.

Wirklich Hervorragendes wird geboten.

Der Richter von Coesfeld.

Großes, kulturhistorisches Drama.
1 Vorspiel und 5 Akte

Handlung: Coesfeld, 15. Jahrhundert.

Nach im Kerker gemachten Aufzeichnungen von Kord Kamphues, des Richters von Coesfeld.

Starke, effektvolle Handlung. Kampf- und Massenscenen. Ueberwältigend u. ergreifend.

Hella Moja in dem herrlichen ergreifenden Filmspiel

Aschermittwoch.

Großes Drama in 5 Akten.

Reich an spannenden, dramatischen Momenten.

Urteil des Salomon.

Eine drollige Lachpille.

Ab 8 Uhr noch der ganze Spielplan.

Die Gala-Woche?

Mit May Die Schuld der Lavinia Morland. 7 Akte. 2700 Meter.

Henny Porten 2 Akte. 2000 Meter. **Anna Boleyn.**

Reparaturen

in sämtlichen vorkommenden

Maurerarbeiten

übernimmt billigst

Otto Brunke, Heidestraße 1.



4 Hühnern, 1 Bock, 4 Junghühner u. 2 Paar getragene Kinderschuhe (Gr. 23 u. 24) zu verkaufen

Nähe Asbecker Str. 5.

Kaufen Sie

Dixin

von Henkel

bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Allein. Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.



Ullstein-Schnittmuster

für elegante und praktische Sommerkleidung

jetzt auch bei

Gerh. V. Lempertz

BARMEN / Berliner Str. 13.

Für sofort gesucht:

Ein Herdmaler,

mehrere

Emaillebrenner

Vogelsanger Herdfabrik

Max Albers, Vogelsang.